

20

GERICHTS-

GEBÄUDE

IN

SACHSEN-

ANHALT

20 JAHRE
RECHTS-
STAATLICHE
JUSTIZ IN
SACHSEN-
ANHALT



Weiterführende Literatur

Kerstin Brehmer: Husarenkaserne „Albrecht der Bär“ wird Justizzentrum „Albrecht der Bär“, in: Dieter Remus u.a. (Hg.): Landgericht Stendal. „...nur dem Gesetze unterworfen“. Ein Rückblick auf die Jahre des Aufbaus im Landgerichtsbezirk Stendal zum 10. Jahrestag der Wiedererrichtung am 1. September 2002, Norderstedt 2002, S. 457–462.

Georg Dehio. Handbuch der Deutschen Kunstdenkmäler. Sachsen-Anhalt I. Regierungsbezirk Magdeburg. Bearb. von Ute Bednarz, Folkhard Cremer u. a., München/Berlin 2002.

Georg Dehio. Handbuch der Deutschen Kunstdenkmäler. Sachsen-Anhalt II. Regierungsbezirke Dessau und Halle. Bearb. von Ute Bednarz, Folkhard Cremer, Hans-Joachim Krause u. a., München/Berlin 1999.

Albrecht Hennig: Die Baugeschichte des Oberlandesgerichtsgebäudes zu Naumburg/Saale, Naumburg 1995.

Erhard Hirsch: Dessau, wie wir es liebten. Nänie auf eine gemordete Stadt – virtueller Rundgang durch Dessaus Altstadt und Schlossbezirk vor der Zerstörung, in: DESSAU. Porträt einer Stadt, Dössel 2006, S. 193–246.

Karl Illert: Der Neubau des Zivilgerichts in Halle a. d. Saale, in: Zschr. f. Bauwesen, Jg. LVIII (1908), Heft IV bis VI.

Wolf-Dieter Kauschmann: Das Landgerichtsgebäude in Stendal als preußischer Staatsbau, in: Remus 2002, S. 120–130.

Klemens Klemmer/Rudolf Wassermann/Thomas Michael Wessel: Deutsche Gerichtsgebäude. Von der Dorflinde über den Justizpalast zum Haus des Rechts, München 1993.

Kerstin Kupperbusch: Carl Rehorst. Hallescher Stadtbaurat und Reformarchitekt, Halle 2003.

Heiner Lück: Gerichtsgebäude, in: Albrecht Cordes/Heiner Lück/Dieter Werkmüller (Hg.): Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, 2. Aufl., 9. Lieferung, Berlin 2009, Sp. 150–155.

Ders.: Gerichtslaube, ebenda, Sp. 162–165.

Ders.: Gerichtsstätte, ebenda, Sp. 171–178.

Ders.: Spuren des Rechts in der Heimat Eikes von Repgow (= Kulturreisen in Sachsen-Anhalt 10), Wettin 2010.

Theodor Müller: Das Amtsgericht Stendal – 01. September 1992 bis 30. August 2002, in: Remus 2002, S. 446–452.

[Oberlandesgerichtspräsidenten in den neuen Bundesländern]: Justizaufbau Neue Bundesländer 1990 bis 2004. Eine Bilanz des Aufbaus einer rechtsstaatlichen Rechtspflege in der ordentlichen Gerichtsbarkeit der Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, o. O., o. J. (2004).

Jürgen Rabe: Sanierung eines Gerichtsgebäudes – Geduld und Beharrlichkeit, in: Remus 2002, S. 428–432.

Jürgen Richter: Gerichte in Gardelegen. Geschichte und Geschichten, in: Remus 2002, S. 321–372.

Joachim Säckl: Residenzen und herrschaftliche Plätze der Administratoren und Herzöge von Sachsen-Zeit 1653/157–1717/18, in: Burgen und Schlösser in Sachsen-Anhalt 11 (2002), S. 303–347, hier S. 309–313.

Siegfried Schneider: Geschichtliches zum Altstadtrathaus/Amtsgericht Salzwedel, in: Remus 2002, S. 421 f.

Andreas Wüstenhagen: Gedanken bei Amtsantritt, in: Remus 2002, S. 423–427.

20 Gerichtsgebäude in Sachsen-Anhalt

20 Jahre rechtsstaatliche Justiz in Sachsen-Anhalt

Die Ausstellung sowie dieses Begleitheft sind im Auftrag des Ministeriums für Justiz und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt von Prof. Dr. iur Heiner Lück im Jahr 2010 konzipiert und erarbeitet worden.

Vorbemerkung

Es ist sehr erfreulich, dass die 2010 erstmals erschienene Broschüre über einige Gerichtsgebäude in Sachsen-Anhalt, damals mit dem Untertitel „20 Jahre rechtsstaatliche Justiz in Sachsen-Anhalt“ versehen, in einer Neuauflage vorgelegt werden kann.

Die Wiedererrichtung des Landes Sachsen-Anhalt im Jahre 1990 war auch der Auftakt zur Schaffung einer funktionierenden Justiz.

Wichtigstes Anliegen war die zügige Etablierung rechtsstaatlicher Strukturen in dem neuen Bundesland, welche den Bürgern die Wahrung und Durchsetzung ihrer persönlichen Rechte ermöglichen.

Der Umstand, dass Justiz seit mehr als 150 Jahren auch über die Gebäude, in denen sie stattfindet, fassbar und erfahrbar ist, braucht nur ins Bewusstsein gerufen zu werden, um so zu einer bildlich-anschaulichen Betrachtungsweise der Justiz zu gelangen. Zu den „Justizgebäuden“ gehören traditionell Gerichtsgebäude und Gefängnisse bzw. Justizvollzugsanstalten. Die Gerichtsgebäude sind Gegenstand der hier präsentierten kleinen Ausstellung, die aus dem bereits genannten Anlass im Auftrag des Ministeriums für Justiz und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt erstellt wurde.

Das Land Sachsen-Anhalt verfügt über eine stattliche Anzahl von historischen und modernen Gerichtsgebäuden, in welche beträchtliche Investitionen geflossen sind – zweifelsohne gut angelegte Gelder für die Manifestation des Rechtsstaates. Die heutigen, überaus ansehnlichen, teil-

weise höchst ästhetisch wirkenden Gerichtsgebäude Sachsen-Anhalts können sich sehen lassen. Die stilistische Bandbreite reicht von Bauten der Renaissance (etwa der Sitz des Amtsgerichts Salzwedel im ehemaligen Altstädtischen Rathaus) über die prachtvoll ausgestatteten „Justizpaläste“ der Kaiserzeit (etwa das Landgericht Halle, das nach einer umfassenden Restaurierung demnächst in neuer Pracht erstrahlen wird) bis hin zu modernen Zweckbauten (etwa das Justizzentrum Halle).

Sie alle bringen mit ihrer Architektur, mit ihrem mehr oder weniger reichen Bildschmuck und mit der Raumgestaltung (Sitzungssäle und andere funktionale Räume) historische Auffassungen von Justiz zum Ausdruck. So sind die Gerichtsbauten des späten 19. und frühen 20. Jh. darauf ausgerichtet, bei der Bevölkerung bis an Angst grenzenden Respekt zu erzeugen. Groß dimensionierte Empfangshallen, oft kombiniert mit aufwendigen Treppenkonstruktionen und Kuppelgestaltungen, sollten bei den Menschen eine gewisse Ohnmacht gegenüber einer allmächtig scheinenden Justiz hervorrufen. Die Anordnung des Mobiliars in den Sitzungssälen sowie die ikonographischen Elemente flankierten oft diese Absicht.

Heute betreten selbstbewusste Bürger, die ihre Rechte einfordern, die Gerichte. Sie werden in der Regel in hellen, großräumigen Foyers mit einladender Raumgestaltung und Informationseinrichtungen empfangen. Ältere Gerichtsgebäude wurden unter Wahrung der denkmalpflegerischen Erfordernisse dem neuen zeit- und rechtsstaatsgemäßen Erscheinungsbild angepasst. Das äußere, bewusst gestaltete Umfeld mehrerer Gerichtsgebäude ist inzwischen sogar ein lukratives Gelände zum Spazierengehen und Verweilen geworden, so etwa im Justizzentrum „Albrecht der Bär“ in Stendal.

Die in der kleinen Ausstellung getroffene Auswahl von 20 Gerichtsgebäuden will dieses interessante Spannungsfeld von zeitbedingter Gerichtsgebäudearchitektur und moderner Strahlkraft etwas illustrieren. Aus welcher Bauzeit die Gerichtsgebäude auch immer stammen mögen: Seit gut zwei Jahrzehnten symbolisieren die Amts- und Landgerichte auch in Sachsen-Anhalt die „ausgestreckte Hand des Rechtsstaates zum Bürger“ – wie es der erste Justizminister unseres Landes, Dr. h. c. Walter Remmers, einmal treffend formulierte. Ihre teilweise imposanten, manchmal nüchtern, ein anderes Mal prachtvoll gestalteten Domizile laden dazu ein, die ausgestreckte Hand im Vertrauen auf den Rechtsstaat anzunehmen.

Wir danken allen Personen, die uns beim Zusammentragen der Informationen und bei der Anfertigung der Fotos unterstützt haben.

Halle an der Saale, im September 2012
Univ.-Prof. Dr. iur. Heiner Lück

Impressum / Bildnachweis:

Idee, Konzept, Redaktion:
Univ.-Prof. Dr. iur. Heiner Lück,
Juristische und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
der Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg

Grafik/Design:
Lutz Grumbach, Halle (Saale)

Texte:
Julia Hartwig, Markus Keck, Kristin Kliemannell,
Heiner Lück, Raik Müller, Carolin Prilop

Bildnachweis:
Marcus Keck, Heiner Lück, Raik Müller
Foto der Justitia: Horst Fechner, Halle (Saale)

Realisation: Druckwerk, Halle (Saale)

Herausgegeben vom
Ministerium für Justiz und Gleichstellung
des Landes Sachsen-Anhalt
Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Domplatz 2-4, 39104 Magdeburg
Telefon: (0391) 567-6234, -6230, -6235
Telefax: (0391) 567-6187
E-Mail: presse@mj.sachsen-anhalt.de
Internet: www.mj.sachsen-anhalt.de

2. Auflage im Oktober 2012
mit freundlicher Unterstützung durch
Herrn Prof. Dr. iur. Heiner Lück, Halle (Saale)

Hinweis: Die Publikation wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums für Justiz und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.



Einführung

Vom freien Himmel zum Gerichtsgebäude

Die Errichtung von Gebäuden mit dem Zweck, räumliche und funktionale Voraussetzungen für die Arbeit von Gerichten bereitzustellen, ist eine relativ junge Erscheinung.

Während des Mittelalters und der Frühen Neuzeit dienten weithin sichtbare Erhebungen in der Landschaft, Brücken, Wegekreuzungen, vorzeitliche Kultsteine, auffällige alte Bäume (insbesondere Linden), Friedhöfe, Tore und seitlich offene Anbauten an Rathäusern (Gerichtslauben) als Gerichtsstätten. Die Verbindung zum „freien Himmel“ war zwingend.

Die frühesten Zweckbauten für Gerichte in Deutschland stammen aus den 1830er Jahren. Gleichwohl haben die Gerichtsgebäude ältere Vorgänger, zu denen die Gerichtslauben sowie öffentliche Gebäude unterschiedlichster Art (Rathäuser, Schlösser, Kanzleigebäude, Palais, Wirtschaftshäuser u.ä.) gehören.

Als Besonderheit darf die sog. Rügegerichtshütte von Volkmannrode (bei dem Dorf Stangerode unweit der Burg Falkenstein im Harz) gelten. Es dürfte sich um den ältesten Gerichtsbaum im deutschsprachigen Raum (18. Jh.) handeln.

Der Gedanke, Gerichte in separaten Gebäuden unterzubringen, kam wohl erst im frühen 18. Jh. auf. 1729 beschloss der Reichstag, für das Reichskammergericht in Wetzlar ein eigenes Gebäude zu errichten. Der Plan ging jedoch über Entwürfe und Modelle nicht hinaus. Realisiert wurde dagegen singulär 1735 die Errichtung eines Kollegienhauses für das Berliner Kammergericht.

Den Durchbruch brachten die grundlegenden Veränderungen im Recht und in der Gerichtsverfassung im Zusammenhang mit der Verbreitung des französischen Rechts in Deutschland am Beginn des 19. Jh. So kann das Rheinland, in welchem relativ früh und nachhaltig französisches/



rheinisches Recht angewendet wurde, als Geburtsstätte der modernen Gerichtsgebäude in Deutschland gelten.

Errichtung und Architektur von Gerichtsgebäude stehen offensichtlich mit der seit dem frühen 19. Jh. geforderten Mündlichkeit und Öffentlichkeit des Gerichtsverfahrens in einem Zusammenhang. Diese Öffentlichkeit sollte durch eine bestimmte Anzahl und Größe von Sitzungssälen (darunter häufig ein großer Schwurgerichtssaal) und einer Empfangshalle ermöglicht werden.

Ein integriertes oder unmittelbar benachbartes Gefängnis gehörte ebenfalls zu einem typischen Element der Gerichtsgebäude. Zu den frühen Gerichtsgebäuden zählen die (preußischen) Obergerichts-/Landgerichtsgebäude in Köln (vor 1834), Elberfeld (1834) und Arnberg (1839). Von den außerhalb Preußens errichteten frühen Gerichtsgebäuden verdient das Gebäude des Oberlandesgerichts in Celle (1842) Hervorhebung.

Eine Welle der Bautätigkeit im Bereich der Justiz (inklusive Gefängnisse) setzte nach der Reichsgründung 1871 ein. Mit dem Inkrafttreten des Gerichtsverfassungsgesetzes 1879 war auch die Reichseinheit in der Gerichtsverfassung hergestellt. Es begann die Errichtung von aufwendig gestalteten und prachtvollen Gerichtsgebäuden des Typus „Justizpalast“, der sich an dem Vorbild in Brüssel (1860-1883) orientierte. Eine exponierte Stellung nahm dabei das 1895 vollendete Reichsgerichtsgebäude (heute Bundesverwaltungsgericht) in Leipzig ein.

Auch in den deutschen Ländern wurden palastartige Gerichtsgebäude mit reicher Formensprache errichtet: Stuttgart 1879, Braunschweig 1879, Karlsruhe 1902, Kassel 1882, Frankfurt am Main 1889, München 1897, Nürnberg 1916. Sie zeichnen sich durch eine durchdachte Funktionalität, gewollte Monumentalität und eine reiche Symbolik (Figuren, Reliefs, Malereien, Inschriften, Sinnsprüche u.ä.) im Sinne des zeitgenössischen Staats- und Rechtsverständnisses aus. Zu den so gestalteten Gebäuden gehört u. a. auch das Landgericht Halle an der Saale (1905)



In der Weimarer Republik schlug das „Neue Bauen“ auch auf die Architektur der Gerichtsgebäude durch, wenn auch deutlich weniger Gerichtsgebäude als in der wilhelminischen Ära zuvor errichtet wurden (Amtsgerichte Dorsten 1929, Rastenburg 1931). Bemerkenswert sind in diesem Zusammenhang Entwürfe für ein „Justizzentrum“ für Berlin, welches die Berliner Gerichte unter einem Dach zusammenfassen sollte. Diese Pläne gelangten jedoch nicht zur Ausführung. Während des Nationalsozialismus entstanden sehr wenige neue Gerichtsgebäude (z. B. Amtsgericht Soltau 1937), so dass die Stilformen der Zeit für die Gerichtsgebäude nicht prägend wurden. In der DDR gab es so gut wie keine Gerichtsneubauten.

In Westdeutschland wurden in den ersten Nachkriegsjahren vor allem bestehende historische Gebäude als Gerichtsgebäude genutzt (so auch für den 1950 gegründeten Bundesgerichtshof in Karlsruhe). Erst nach 1950 setzen zahlreiche Neubauten ein. Vornehmlich die neuen Amtsgerichte wurden im sog. Heimat- und Siedlungsstil der 1930er Jahre (z. B. Amtsgericht Vechta 1952) errichtet. Schließlich entfaltete sich mit der Aufrichtung rechtsstaatlichen Strukturen in Verwirklichung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und mit dem wirtschaftlichen Aufschwung seit den 1950er Jahren eine rege Bautätigkeit in Anknüpfung an das moderne Bauen der



1920er Jahre (vorwiegend aus Beton, Glas u. Stahl als bevorzugte Baumaterialien): z. B. Landgericht Essen 1954, Landgericht Hannover 1954, OLG Stuttgart 1956, Zentraljustizgebäude Aschaffenburg 1957, BVerfG Karlsruhe 1969, Amtsgericht Kerpen 1991.

Die jüngste Entwicklung in der Architektur der Gerichtsgebäude geht (wieder) in Richtung „Justizzentrum“, welche auf die Konzentration von Gerichten unterschiedlicher Gerichtsbarkeiten, der Staatsanwaltschaft etc. abzielt (Bürgernähe). Dabei lassen sich sowohl vorhandene, großräumig ausgelegte wie funktionsgerecht modernisierte Gebäudekomplexe (z. B. das Justizzentrum „Albrecht der Bär“ in Stendal im Gelände einer ehemaligen Kaserne) als auch originär errichtete zeitgemäße Zweckbauten (z. B. das Justizzentrum in Halle) beobachten.

Amtsgericht

Bitterfeld-Wolfen

Lindenstraße 9
06749 Bitterfeld-Wolfen

Bauzeit: 1878/79 (bezogen)

Architekt/Baumeister:
nicht bekannt. Vollendung durch
Maurermeister Ebelt.

Nutzung: ehem. Königl. Amtsgericht;
dann Amtsgericht

Kurzbeschreibung: eindrucksvoller,
dreigeschossiger, heller Backsteinbau
mit flachem Dach, rundbogigen Fenstern
in den ersten beiden Geschossen; im
Obergeschoss diese verziert durch Verda-
chungen mit Palmette als Schlussstein;
mächtiger ausladender Rundbogenfries
im Traufgesims umlaufend; hervorge-
hobenes Rundportal mit Rosetten im
Oberteil; Baukörper des Erdgeschosses
mit umlaufenden Streifen aus dunklen
Ziegelsteinen; Ober- und Unterkante mit
umlaufenden schwarz-hell gearbeitetem
Fries.



Besonderheiten: Insgesamt sehr harmonisch wirkend;
im Innern schmiedeeiserne, verzierte Treppengeländer

Ikongraphische Elemente: keine

Bemerkungen: Außenstellen in Lindenstraße 4 und 14

Investitionen von 1990–2010: ca. 620.000 Euro



Landgericht (Justizzentrum)

Dessau-Roßlau

Willy-Lohmann-Straße 29
06844 Dessau-Roßlau

Bauzeit: 1994–1995

Architekt/Baumeister:
Frank Weber (geb. 1939), Acerplan Halle

Nutzung: seit 1996 Landgericht; Sitz des Landesverfassungsgerichts Sachsen-Anhalt; Sitz des Arbeits- und Sozialgerichts

Kurzbeschreibung: drei- bzw. fünfgeschossiger Neubau, der sich in Bauhausstadt Dessau-Roßlau einpasst; aus rotem Klinker und grauem Beton errichtet; Spitz-, Rund- und Flachdächer; Bauhausstil; offene breite Freitreppe mit heller Glasfront; Mittelteil mit herausgehobenem Portalbereich; moderne Dachfenster; Farbgebung im gesamten Gebäude: lichtgrau und violett.

Besonderheiten: seit 2007 Bezeichnung als „Justizzentrum“, seit 2012 „Justizzentrum Anhalt“; in unmittelbarer Nähe befindet sich das alte Amtsgericht (heute JVA), an dessen Erweiterungsbau ein figürliches Denkmal (1911) für Eike von Regow angebracht ist.



Ikonographische Elemente: Landeswappen Sachsen-Anhalts im Großen Sitzungssaal.

Bemerkungen: Wegen des Landesverfassungsgerichts hat das Gebäude für die traditionelle (anhaltische) und aktuelle Rechtsmetropole Dessau eine herausragende symbolische Bedeutung.

Investitionen: Mietobjekt

Amtsgericht

Dessau-Roßlau

Willy-Lohmann-Straße 33
06844 Dessau-Roßlau

Bauzeit: 1916–1924

Architekt/Baumeister:

Carl Pertz (1856–1914), Regierungs- und Baurat Gustav Teichmüller (1862–1919), Regierungsbaumeister Hans Wendler

Nutzung: Behördenhaus für Fürstentum/ Freistaat Anhalt; untergebracht waren Katasteramt, Forstverwaltung, Statistisches Büro, Landesbrandkasse und Landesrentenbank, Gewerbeinspektion, Erbschaftssteuer- und Zuwachssteueramt; 1924(?)–1945 Sitz des Staatsministeriums – Abt. Finanzen; des Anhaltischen Oberversicherungsamtes, des Anhaltischen (Militär-)Versorgungsgerichts; 1945–1992 Amts-/später Kreisgericht, Sitz des Kreiswehersatzamtes, seit 1992 Amtsgericht.

Kurzbeschreibung: zweigeschossiger, schlossartiger Komplex in Hufeisenform mit einem Haupt- und zwei Seitenflügeln im neubarocken Stil; Freitreppe im Eingangsbereich, zweizügige Treppen zum Hochparterre und zum Obergeschoss; hervorgehobener Portalbereich mit Balkon; Zwerchhäuser und Turmaufsatz mit Wetterfahne (anhaltischer Bär); verzierte Säulenkapitelle.



Besonderheiten: innen repräsentatives Treppenhaus; kreuzgewölbte Flure; verglaste Bücherschränke im Sitzungssaal.

Ikongraphische Elemente: paragraphenzeichenähnliche Symbole als Schmuck an den Balustraden; Skulpturen von anhaltischen Bären als Fackelhalter auf Balustraden; über Portal Wappenkartusche mit Wappen des Herzogtums/Freistaates Anhalt (Bär über zinnenbekröntem Mauertor).

Bemerkungen: aufwendige Dacherneuerung 2008/2009 mit Biberschwanzziegeln; Erneuerung der Originalfenster ist in Planung.

Investitionen von 1990–2010: ca. 1.300 000 Euro



Amtsgericht

Eisleben

Friedensstraße 40
06295 Lutherstadt Eisleben

Bauzeit: 1911–1913

Architekt/Baumeister: Regierungsbau-
meister Philipp Rappaport (1879–1955)

Nutzung: Amtsgericht; früher Grund-
buchamt, Katasteramt; westlich schließt
sich Gefängnistrakt an, der noch bis 2009
als Frauengefängnis genutzt wurde.

Kurzbeschreibung: Das Gebäude wurde
als monumentaler, vierstöckiger Putzbau
mit Mittelrisalit und Seitenrisaliten, gro-
ßen Zwerchhäusern und hohen Ziegeldä-
chern im Stil des Neubarock errichtet. Die
Hauptfront zum Park zu weist zwei steile
Schweifgiebel auf. Mittelrisalit mit Portal
und Relief-/Figureschmuck.



Ikongraphische Elemente: in Kapitellen der Pilaster am Hauptportal je ein Relief mit zwei Knaben, die ein aufrecht stehendes Schwert (links) und eine Waage (rechts) halten; über den drei Fenstern oberhalb des Portals zwei figürlich gearbeitete Knaben, die Girlande über einen ovalen Schild mit Inschrift „Recht muss Recht bleiben“ halten; über Toreinfahrt Relief, das einen Knaben in Ketten zeigt; unterhalb der vier Fenster im dritten Geschoss Wappenreliefs.

Besonderheiten: Giebel und Fenstergewände sind aus Harzer Sandstein gearbeitet; Tür außen mit Überschrift „KATASTERAMT“; kleiner steinerner Brunnen innen.

Bemerkungen: typischer mittelstädtischer Gerichtsbaus der wilhelminischen Zeit.

Investitionen von 1990–2010: ca. 2.100 000 Euro

Amtsgericht

Gardelegen

Bahnhofstraße 29
39638 Hansestadt Gardelegen

Bauzeit:
1890–1891 (Altbau); 1997 (Neubau)

Architekt/Baumeister:
Königlicher Regierungsbaumeister
Lichner,
Kreisbauinspektor Robert Meissner

Nutzung: 1891 bis 1945 Amtsgericht; April bis Juli 1945 Belegung durch amerikanische Besatzungstruppen; 1947–1993 Sitz der sowjetischen Militärkommandantur, seit 1997 Amtsgericht

Kurzbeschreibung: schlichter, zweigeschossiger palazzoartiger Ziegelbau mit leicht vorspringendem Mittelrisalit, flaches Walmdach; in Traufe Ziegelornamentik in Form eines Konsolgesimses; weiß-rot gehaltene Flure

Besonderheiten: im Altbau original erhaltene Holzbalkendecke; in Anlehnung an das einst vorhandene Gefängnis wurde der Brunnen, der sich auf dem Gefängnis-hof befunden hat, neu hergerichtet und in die moderne Gestaltung des Grundstücks einbezogen; gußeiserne verzierte Treppengeländer



Ikongraphische Elemente: Im Innern befinden sich moderne rote Balken, die schräg gestellt sind. Sie berühren nicht die Decke. Die Deutung ist offen (vielleicht das in Schiefelage geratene Recht, das im Gericht wieder gerade gerückt – „gerichtet“ – wird?). In den Sitzungssälen ist das Landeswappen von Sachsen-Anhalt angebracht.

Bemerkungen: insgesamt harmonisch wirkend; an Seitenwand außen Inschrift „Tiedgestraße“.

Investitionen von 1990–2010: ca. 3.500 000 Euro

Amtsgericht

Halberstadt

Richard-Wagner-Straße 52
38820 Halberstadt

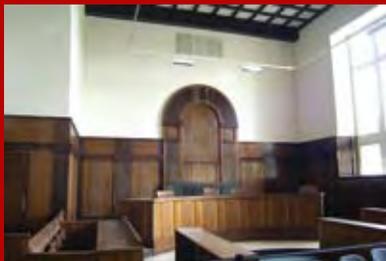
Bauzeit: 1908–1911

Architekt/Baumeister:

Paul Thömer (1851–1918); Regierungsbaumeister Vogel

Nutzung: ehemals königliches Landgericht, heute Amtsgericht

Kurzbeschreibung: Das dreigeschossige Gebäude wurde auf Sockel aus Blankenburger Sandstein errichtet. Es weist überwiegend neugotische Formen, in geringerem Maße auch Neurenaissance-Formen auf. Die lang gestreckte, streng gegliederte Fassade ist asymmetrisch durch zwei Seitenrisalite abgeschlossen. Der östliche Gebäudeteil, ehem. Schwurgerichtssaal aufnehmend, durch ein höheres Dach mit Dachreiter und aufwendig gestaltetem, kräftig hervortretendem Risalit über Pfeilerarkade hervorgehoben. Türen zu den Sitzungssälen weisen Kartuschen mit vergoldeten Inschriften auf („Strafkammer“, „Zivilkammer“); Tierornamentik an Säulenabschlüssen.



Besonderheiten: eindrucksvolles Treppenhaus; sehr schön getäfelte Sitzungssäle, teilw. mit prächtiger Deckengestaltung; Eike-von-Regow-Denkmal mit Sitzbank von Bernhard Sehring (1855–1932) vor Hauptfassade.

Ikongraphische Elemente: Treppenhaus von massivem Gewölbe aus Schwemmstein mit Sandsteinrippen; Unterseite mit Bildern von Sonne und Planeten als Verkörperungen von Gottheiten; prächtige Ausmalung; Reliefschmuck an Kapitellen; an den Ecken im Außenbereich Pilaster mit reliefartigen Gerichtsszenen-/Streitdarstellungen; außen Justitia-Relief in der Mitte des Eingangsbereiches.

Bemerkungen: Bedeutendes Gebäude des neugotischen Stils im Stadtbild von Halberstadt. Der reiche Giebel schmuck ist an den Treppenhausgiebel des 1945 zerstörten Rathauses angelehnt.

Investitionen von 1990–2010: ca. 2.000 000 Euro

Justizzentrum

Halle an der Saale

Thüringer Straße 16
06112 Halle (Saale)

Bauzeit: 1997–1999

Architekt/Baumeister: büro-f Robert Fetzter Architekt BDA, Stuttgart, in Zusammenarbeit mit Innenarchitektin Barbara Moser und Designerin Annette Steinle

Nutzung: Unter einem Dach sind die Staatsanwaltschaft Halle, das Verwaltungsgericht Halle, das Arbeitsgericht Halle, das Landesarbeitsgericht Sachsen-Anhalt, das Sozialgericht Halle, das Landessozialgericht Sachsen-Anhalt und das Amtsgericht Halle (Saale) vereint. Auf ca. 34.000 Quadratmetern Bürofläche arbeiten etwa 600 Bedienstete. 25 Verhandlungssäle stehen für öffentliche und nicht-öffentliche Verhandlungen in allen Justizbereichen zur Verfügung. Der sog. „Hochsicherheitstrakt“ im Innenhof des Gebäudes dient auch dem Oberlandesgericht Naumburg und dem Landgericht Halle als Verhandlungsort für Verfahren mit hohen Sicherheitsanforderungen.

Kurzbeschreibung: moderner Neubau auf dem Gelände des ehemaligen DDR-Betriebes VEB Karosseriebau; fünfgeschossiger Bau mit Flachdach, aus mehreren Gebäudekomplexen bestehend; Haupteingang zu den Gerichten in der Thüringer Straße mit turmartiger Säule; praktische Funktion für die Bürger, welche hier verschiedene Gerichtsbarkeiten an einem Ort vereint finden; im Foyer bestehen umfassende Informations- und Beratungsmöglichkeiten. Die räumliche und inhaltliche Struktur ist einem ganzheitlichen Gestaltungskonzept entsprechend durch eine konsequente Farb- und Materialauswahl in Architektur und Grafik differenziert, verständlich und funktional umgesetzt.

Besonderheiten: Das Justizzentrum Halle



wurde als erstes seiner Art im Land Sachsen-Anhalt im Jahre 1998 bezogen. Es gehört zu den modernsten Gerichtsgebäuden in der Bundesrepublik. Das Gebäude ist barrierefrei und behindertengerecht. Im Eingangsbereich befinden sich eine Cafeteria und eine Kinderspielecke, die für die Öffentlichkeit zugänglich sind.

Ikongraphische Elemente: Landeswappen in Sitzungssälen; Teil des Gebäudekomplexes zur Merseburger Straße in Rot (Farbe des Rechts).

Investitionen seit 1990: Mietobjekt



Landgericht

Halle an der Saale

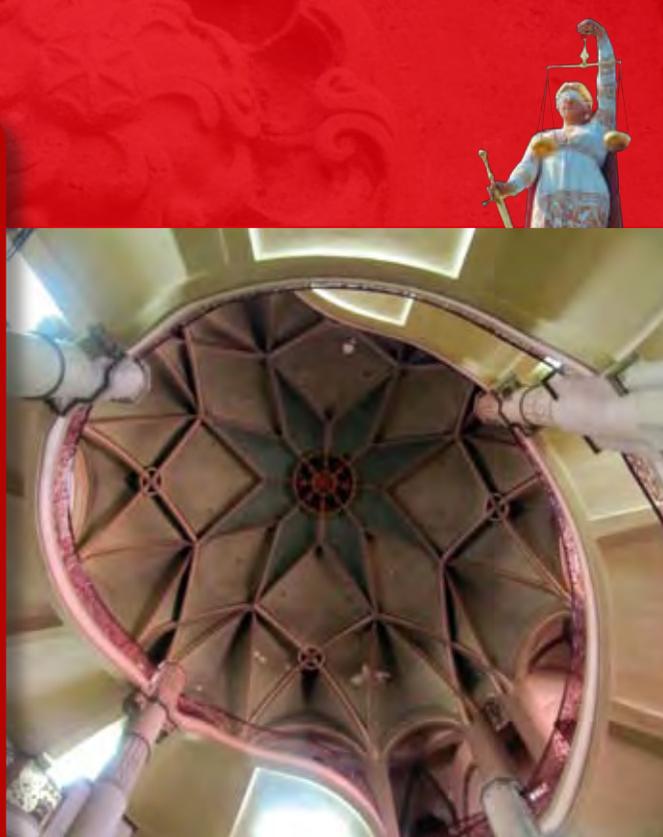
Hansering 13
06108 Halle (Saale)

Bauzeit: 1901–1905 / Sanierung der Ostfassade 2005

Architekt/Baumeister:
Paul Thoenen (1851–1918), Karl Illert
(1856–1907)

Nutzung: 1905 Zivilgericht, 1945–1990
verschiedene Gerichte der DDR, ab 1990
u. a. Landgericht; seit 1998 Landgericht

Kurzbeschreibung: Das Gebäude stellt
eine äußerst prachtvolle wilhelminische
viergeschossige Vierflügelanlage mit
breiter Doppelturmfassade dar. Verwen-
dung fanden Formen der Renaissance, der
Gotik und des Jugendstils. Die reichlich
vergoldete Hauptfassade wird dominiert
von dem kräftig hervortretenden Mittel-
risalit, flankiert von erkerbewehrten, von
geschweiften Hauben bekrönten Kuppeln
über den Gebäudeecken.



Besonderheiten: aufwendige, wuchtige Gestaltung des Treppenhauses; doppelte Wendeltreppe in kreisrunder Kuppelhalle mit Rippenstern („eine der großen Raumschöpfungen seiner Zeit“ - Dehio).

Ikongraphische Elemente: Justitia als Giebelfigur; umfassendes ikonographisches Programm an der Ostfassade, darunter Porträtköpfe der Juristen Carl Gottlieb Suarez, Christian Thomasius, Jacob Grimm (südl. Erker), Heinrich Eduard Pape, Otto Küntzel, Gottlieb Wilhelm Planck (nördl. Erker); um das Gebäude umlaufend Darstellungen von Tugenden (Treue u. a.) und Lastern (Hochmut u. a.) in Gestalt von Tieren und Fabelwesen als Flachreliefs, darunter auch Sinnsprüche („Rache ist neues Unrecht“ u. a.); über Portal (mitteldeutsche Frührenaissance) Spruch „Recht muss Recht bleiben“; an Mittelrisalit hallisches Stadtwappen zwischen zwei wilden Männern.

Bemerkungen: „Einer der machtvollsten Justizpaläste in Preußen.“ (Dehio). Das Gebäude wird seit 2011 für 15,7 Mio Euro umfassend saniert.

Investitionen von 1990–2010: ca. 4.400 000 Euro

Justizzentrum „Eike von Reggow“

Magdeburg

Breiter Weg 203–206
39104 Magdeburg

Bauzeit:

1895–1899, Restaurierung 2005–2007

Architekt/Baumeister: (Altbau) Paul Sell, Schöne, Pläne der Kaiserlichen Postdirektion; (Neubau) Hochtief Construction AG Sachsen

Kurzbeschreibung: viergeschossiges Gebäude; Vierflügelanlage; Neugotik und Neurenaissance; Fassade mit Sandstein verkleidet und reich gotisierend geschmückt (u. a. Standbilder von Kaiser Otto I. und seiner ersten Ehefrau Editha); drei flache Risalite mit Schweifgiebeln; Süd- und Westfassade in Neurenaissance-Formen als Putzbau, mit roten Sandsteinelementen verziert. Nördlich schließt sich ein zwei- bis dreigeschossiger verputzter Gebäudeteil an (um 1900 als Pferdestall und Remise errichtet).

Nutzung: errichtet als Kaiserliche Post-/Reichspostdirektion; seit 2007 Amtsgericht, Arbeitsgericht, Sozialgericht, Verwaltungsgericht, Oberverwaltungsgericht des Landes Sachsen-Anhalt, Staatsanwaltschaft, Berufungsgericht für Heilberufe, Landesberufungsgericht für Heilberufe



Besonderheiten: Auffällig sind die kunstvollen Schmiedearbeiten an Geländern und Türen sowie der reichhaltige Reliefschmuck und ganzfigurliche Elemente an der Außenfassade. Dem Justizzentrum wurde im Frühjahr 2009 der Name „Eike von Reggow“ (Schöpfer des Sachsenspiegels, um 1233) verliehen. Eine entsprechende Bronzetafel mit Text wurde im November 2010 in den Fußboden eingelassen.

Ikongraphische Elemente: Stadtwappen von Magdeburg und Landeswappen von Sachsen-Anhalt im Foyer; Landeswappen von Sachsen-Anhalt in den Sitzungssälen.

Bemerkungen: Das Justizzentrum verfügt über ein großräumiges, helles und freundlich wirkendes Foyer mit Empfangs-/Informationsstelle sowie über ein eindrucksvolles Treppenhaus.

Investitionen von 1990–2010: Mietobjekt (Investor: ca. 30.000 000 Euro)

Amtsgericht

Naumburg

Markt 7
06618 Naumburg (Saale)

Bauzeit:
1652–1653, Sanierung um 2000

Architekt/Baumeister: unbekannt.

Nutzung: Das Gebäude wurde im Auftrag Kurfürst Johann Georgs I. von Sachsen für seinen Sohn Herzog Moritz von Sachsen (-Naumburg) -Zeit (1657–1681) als Administratoren-Residenz (1650: „Residenz und Hoffstadt“, 1663 „Residentz-Hauß“; 1669 „Residenzhaus“) errichtet. Mit der Fertigstellung des Schlosses Moritzburg in Zeitz endete die Residenzfunktion Naumburgs. Das Residenzhaus wurde nur noch gelegentlich von den Herzögen besucht. Von 1816 bis 1821 war hier das Oberlandesgericht untergebracht. Seit 1851 wird das Gebäude als Amtsgericht genutzt.

Kurzbeschreibung: repräsentativer Renaissancebau; Gebäudekomplex mit einbezogenen älteren Häusern; Fassade zum Markt mit zwei hohen, mit Stabwerk und Voluten verzierten Giebeln (2. Hälfte 16. Jh.); an Seitenfront Sitznischenportal (1560).



Besonderheiten: in Bibliotheksräumen zwei gut erhaltene sanierte Renaissance-Decken; schöner Gewölbekeller (heute Archiv).

Ikongraphische Elemente: Wetterfahnen mit sächsischem Wappen.

Bemerkungen: Der Bau war von 1714 bis zum 19. Jh. durch einen überdeckten Gang mit der Stadtkirche St. Wenzel, die während der Aufenthalte des Herzogs von Sachsen(-Naumburg)-Zeit als Hofkirche diente, verbunden.

Investitionen von 1990–2010: ca. 6.700 000 Euro

Oberlandesgericht

Naumburg

Domplatz 10
o6618 Naumburg (Saale)

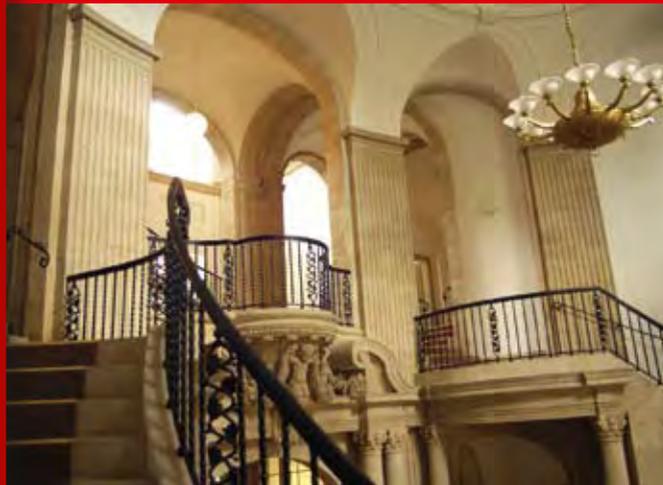
Bauzeit: 1913–1917 / umfassende Sanierung und neue künstlerische Ausgestaltung 1992–1995

Architekt/Baumeister:
Fritz Hoßfeld (1879–1972)

Kurzbeschreibung: Vierflügelanlage im Neubarock mit Jugendstilelementen, schlossähnlicher Charakter.

Nutzung: 1917–1946 Oberlandesgericht; 1946–1992 sowjetische Stadtkommandantur/sowjetisches Stabsgebäude; seit 1995 wieder Oberlandesgericht.

Besonderheiten: freundliche, helle Gestaltung (insbes. Treppenhause); malerische Lage am Naumburger Dom über der Saale; Großer Sitzungssaal, Senatssitzungssäle, Bibliothek und Präsidentenzimmer nach Plänen von 1917 wiederhergerichtet; im Foyer Stele des Hammurapi (Kopie)



Ikongraphische Elemente: Kartusche über Hauptportal mit in sich verschlungenen Buchstaben OLG N; Mamorskulptur „Die Last“ von Michael Weihe im Innenhof

Bemerkungen: Im Rahmen der Konstituierung der preußischen Provinz Sachsen wurde 1816 in Naumburg ein Oberlandesgericht eingerichtet. Es war zunächst in verschiedenen Gebäuden untergebracht. Das heutige Gebäude steht an der Stelle der mittelalterlichen Ekkehardinger-Burg („Neue Burg“); Baudenkmal von besonderer städtebaulicher und kunstgeschichtlicher Qualität.

Investitionen von 1990–2010: ca. 11.300 000 Euro

Amtsgericht

Salzwedel

Burgstraße 68
29410 Hansestadt Salzwedel

Bauzeit: 1490–1509

Architekt/Baumeister: unbekannt

Nutzung: bis 1714 Rathaus der Altstadt Salzwedel mit (1804 vermauerter) Gerichtslaube; im 18. Jh. Waage, Hauptwache, Monturkammern des Kürassierregiments, Fleisch- und Brotscharren, Lager, Ratskeller (bis 1857); 1820 Erwerb und Belegung einiger Räume durch Land- und Stadtgericht Salzwedel; 1855/56 weitere Erwerbungen der Justizverwaltung; Ankauf benachbarter Grundstücke; 1867 Bau des Gefängnisses auf dem Hof; um 1860 Kreisgericht; 1879–1945 Amtsgericht; 1949–1990 Kreisgericht; seit 1990 Amtsgericht.

Kurzbeschreibung: Das eindrucksvolle ehemalige Altstädtische Rathaus ist eine aus Backstein aufgeführte, mehrgeschossige spätgotische Dreiflügelanlage mit achteckigem Dachreiter. Die Schmalseiten der Flügel und Giebel ihrer Zwerchhäuser sind mit Blendenschnitzereien versehen. Der Ostgiebel unterscheidet sich durch Sims- und Geschosshöhe von den übrigen Gebäudeteilen.



Besonderheiten: ursprünglich Rathaus der Altstadt Salzwedel; Sitzungssaal mit hohen Sternengewölben über rechteckigen Jochen; Bauinschrift an einem der Ostgiebel (aufgelöst): „Anno domini millesimo quingentesimo nono est completum hoc pratorium“ (Im Jahre 1509 ist dieses Amtsgebäude vollendet.).

Ikongraphische Elemente: drei farbige, schön gestaltete, reliefartige Steinplastiken befinden sich am Nordflügel: Madonna mit Christkind im Strahlenkranz, kurbrandenburgisches Wappen, Heiliger Christophorus.

Bemerkungen: Sitzgelegenheiten im grün gestalteten Hof werden von Bürgern angenommen.

Investitionen von 1990–2010: ca. 3.000 000 Euro

Amtsgericht

Schönebeck

Friedrichstraße 96
39218 Schönebeck (Elbe)

Bauzeit: 1909–1911

Architekt/Baumeister:
Paul Thömer (1851–1918); Baurat Körner

Nutzung: Amtsgericht

Kurzbeschreibung: breit gelagerter, dreigeschossiger Neurenaissancebau mit fünfsachsigem Mittelrisalit; hoher Dreieckgiebel und Giebelseiten mit Voluten geschmückt; Dachreiter; rückseitig im Hof viergeschossiger Gefängnistrakt (ursprünglich Komplex mit Gefängnis-, Gerichts- und Aufsehergebäude); Türvertäfelung zum Sitzungssaal mit Aufschrift „Sitzungssaal“; prunkvoll gestaltetes Portal mit Pilastern, Obelisken, breit-ovalem Fenster; Kartuschen, Pflanzenreliefs im oberen Bogen; Tür mit aufwendig gestalteten eisernen Beschlägen; sehr schöner grün gekachelter Brunnen mit Krebs- und Lurchdarstellung.



Besonderheiten: Zum AG Schönebeck gehört das Schloss Barby (heute Grundbucharchiv). Der urspr. dreiflügelige Bau in Barby wurde im Auftrag Herzog Heinrichs von Sachsen-Weissenfels (1657–1728) nach Plänen von Johann Arnold Nehring 1687–1715 errichtet; bis 1746 Residenz der Herzöge von Sachsen-Weissenfels; Stuckarbeiten von Giovanni Simonetti und Abondio Minetti; erheb. Brandschäden 1737, 1917); stattliche langgestreckte, zweigeschossige Anlage mit Mansardwalmdach und dominantem dreieinhalbgeschossigem Mittelbau mit Pilastergliederung und Balkon auf vier Säulen.

Ikonographische Elemente: keine

Bemerkungen: schöne bleiverglaste Fenster mit farbigen Blütenmotiven u. a. Jugendstilmotiven.

Investitionen von 1990–2010: ca. 2.500 000 Euro

Justizzentrum „Albrecht der Bär“



Stendal

(hier Amtsgericht)
Scharnhorststraße 40
39576 Hansestadt Stendal

Bauzeit:
1903–1905; 1993–1995 Sanierung

Architekt/Baumeister:
Regierungsbaumeister Reinhold Knoch (1854–1930); Friedrich Kallmeyer (1853–1929) aus Halle; seit 1993: Bauleitung durch Staatshochbauamt Stendal.

Nutzung: 1905–1919 Kaserne für Magdeburger Husarenregiment Nr. 10; danach weitere Nutzung als Kaserne (bis 1993); seit 1995 Nutzung durch Justiz (Amtsgericht [Hauptgebäude], Amtsgericht [Grundbuchamt], Staatsanwaltschaft).

Kurzbeschreibung: neugotische Backsteinbauten; Amtsgericht aus einem dreigeschossigen Mittelteil und zwei viergeschossigen Seitenteilen; Bau aus roten Ziegelsteinen im „Reichsformat“; Eingänge durch abgesetzte Rundbögen geprägt.



Besonderheiten: reichhaltige, gut sichtbare Ornamentik. Das Justizzentrum Stendal war das erste in Sachsen-Anhalt, welches einen Namen erhielt („Albrecht der Bär“ – 1170, Begründer Anhalts und der Mark Brandenburg).

Ikongraphische Elemente: vier quadratische, unterschiedlich gestaltete Säulen aus Mauerwerk im Außenbereich. Sie symbolisieren trotz individueller Verschiedenheit die Gleichbehandlung jeder Person vor Gericht.

Bemerkungen: Die noch nicht ganz vollendete Freilächengestaltung im geräumigen Gelände wird von den Bürgern rege als Spazier- und Verweilziel genutzt.

Investitionen von 1990–2010: Amtsgericht ca. 10.000.000 Euro

Landgericht

Stendal

Am Dom 19
39576 Hansestadt Stendal

Bauzeit: 1876–1879

Architekt/Baumeister:

Stendaler Kreisbaumeister Gustav Schröder (*1829); Entwurf: Alexander Bluhm

Nutzung: seit 1879 Landgericht, Amtsgericht und Staatsanwaltschaft; in unmittelbarer Nähe neugotischer Gefängnisbau nach Plänen von Kreisbaumeister Heinze (1904).

Kurzbeschreibung: dreigeschossiger, zweiflügeliger Bau aus roten Backsteinen in neugotischem Stil; Flügel stehen in einem stumpfen Winkel zueinander, der in Mittelrisalit mit Portal übergeht; zwei-stöckiger Kopfbau mit vorspringendem dreistöckigem Hauptflügel.



Besonderheiten: Fries aus kreuzförmigen Formsteinen und diagonal gestellten Ziegeln; eindrucksvolle Lage in unmittelbarer Nähe des Domes; über Portal Inschrift: „LANDGERICHT“; Funde von Ziegeln mit Adlerstempel; Säle mit aufwendiger Holz- bzw. Balkendeckengestaltung; filigrane Gestaltung der gußeisernen Treppe.

Ikongraphische Elemente: Schnitzereien in Sitzungssälen; farbliche Gestaltung auf Pompeji anspielend (Bezug zur Geburtsstadt J. J. Winckelmanns?).

Bemerkungen: parkartiger Hof unter Einbeziehung des alten Baumbestandes; 1998 neu gestaltet.

Investitionen von 1990–2010: ca. 1.500 000 Euro

Amtsgericht

Weißenfels

Friedrichsstraße 18
06652 Weißenfels

Bauzeit: 1912

Architekt/Baumeister:

Paul Thoemer (1851–1918)
Baurat Becker, Baumeister Trautwein

Nutzung: Amtsgericht; zeitweilig auch als Sitz der Staatsanwaltschaft des Kreises Weißenfels (1952–1991), des Staatlichen Notariats (1952–1990), des Rates des Kreises Weißenfels (1955–1990).

Kurzbeschreibung: barockisierender Jugendstil; schlichte, einfache, zweckmäßige Bauweise; Eingangsportal und Schöffensaal werden betont repräsentativ gestaltet.



Besonderheiten: Eckpavillon; Hauptgebäude in Anlehnung an ein Corps-de-Logis mit aufwendigem, eindrucksvollem Treppenhaus; reichhaltige ursprüngliche Verglasung; steinerner Wandbrunnen im 1. OG; Schöffensäle mit hervorragend erhaltener Ausstattung; Gefängnis architektonisch mit Gericht verbunden; schön eingefasste Tür zum Schöffensaal mit entsprechender Inschrift; „Wartehalle“.

Ikongraphische Elemente: sehr schöne, bleiverglaste Fenster mit Wappendarstellungen; an Pilastern Reliefs mit Motiven der Gerichtsbarkeit (Liktorenbündel, Drachentöter, Waage, 10-Gebote-Tafeln).

Bemerkungen: Wegen der Untergrundstruktur wurde das Gebäude auf Fundamenten mit Eisenbetonpfählen errichtet. Bei der Konzipierung und Ausführung des Baus wurden Möglichkeiten späterer Anbauten bewusst offengelassen.

Investitionen von 1990–2010: ca. 2.000 000 Euro

Amtsgericht

Wernigerode

Rudolf-Breitscheid-Straße 8
38855 Wernigerode

Bauzeit: 1893

Architekt/Baumeister: Carl Rehorst
(1866–1919)

Nutzung: Amtsgericht

Kurzbeschreibung: vornehm zurückhaltender, zweigeschossiger Neurenaissance-Putzbau mit Eckquaderung und Fenstergewänden auf Sandstein; Portal mit kleiner Vorhalle, seitlich treppenturmartig angefügter Standerker mit geschweifiter Haube; schön gearbeitete Türen; halbrunder Giebelabschluss mit Rosettenmuster und Obeliskaufsatz; Kreuzgewölbe mit rötlichen dorischen Säulen im Treppenhaus.

Besonderheiten: Erweiterung; ehem. Gefängnisgebäude abgebrochen und Neubau errichtet.



Ikongraphische Elemente: Oberhalb des unteren Fensters am Standerker befindet sich eine Kartusche mit ovalem leerem Schild; drunter kleinere Kartusche mit Fischdarstellung (= Forelle, Bestandteil des Stadtwappens von Wernigerode).

Bemerkungen: großzügiges, repräsentatives Treppenhaus; vor Eingang im Pflaster „1893“.

Investitionen von 1991–2005: ca. 578.000 Euro



Amtsgericht

Wittenberg

Dessauer Straße 291
06886 Lutherstadt Wittenberg

Bauzeit: 1907–1909

Architekt/Baumeister:
W. Trautwein, Friedrich Beisner,
Hans Abesser

Nutzung: Amtsgericht

Kurzbeschreibung: repräsentativer neugotischer Bau; monumentales, zur Berliner Straße orientiertes Gebäude in Haupt- und Nebenflügel mit Seitenrisalit gegliedert, akzentuiert durch Treppengiebel, Erker und gotisierende Fenstergewände; Sandsteinportal mit Maßwerk und Putti; darüber Zwerchhaus mit getrepptem Schaugiebel und Wappenaufsatz; prunkvolles Treppenhaus mit Kreuzgewölbe, historisierenden Glasmalereien und Schnitzereien sowie Kandelaber; über Portal vergoldete Inschrift in Fraktur: „Amtsgericht“; nördl. schließt sich ehem. Amtsgefängnis an; burgartige Anlage mit historisierenden Schweifgiebeln und Neurenaissanceportal (ebenfalls von Beisner 1907–1909).



Besonderheiten: Lage vor dem Schloss mit Schlosskirche als Weltsymbol des Luthertums; aufwendig gestaltete schmiedeeiserne Türbeschläge (alle unterschiedlich).

Ikongraphische Elemente: Schaugiebel mit preußischem Adlerwappen und Kronenaufsatz; an Portal oben vollfigurliche Putti mit Schwert und Waage (links) und Spiegel sowie Stab mit Schwurhand [„main de justice“] (rechts); schöne farbige Fenstergestaltung (u. a. mit Auge des Gesetzes, Schwert, Likatorenbündel, Inschrift „Recht muss Recht bleiben“, Knaben mit Beinharnischen, Schwert und Waage); als Schnitzerei über Sitzungssaal: Waage mit Schwert; als Steinrelief: 10-Gebote-Tafeln.

Bemerkungen: Nutzung von zwei Gefangenzellen im Gerichtsgebäude.

Investitionen von 1990–2010: ca. 3.000 000 Euro

Amtsgericht

Zeitz

Herzog-Moritz-Platz 1
06712 Zeitz

Bauzeit:
1915–1917 (2004 grundständig saniert)

Architekt/Baumeister:
Regierungs- und Baurat Franz Mosters

Nutzung: Amtsgericht; zu DDR-Zeiten u. a. auch Staatliches Notariat, Staatsanwaltschaft; seit 1993 ausschließlich Justiz.

Kurzbeschreibung: dreigeschossiger Putzbau mit L-förmigem Grundriss in neubarockem Stil; hohes rustizierendes Sockelgesims, Kalksteingliederungen; Kernbau mit Mittelrisalit als Fassade zum Platz hin; innen aufwendiges Vestibül mit opulenter Treppenausstattung; Portal auf dorischen Säulen mit Balkon; auf Balkonbrüstung zwei Putti; Fenster im Mittelrisalit mit Pilastern und Kartuschen; im Giebel kreisrunder leerer Schild.



Besonderheiten: schöne Sandstein-Türgewände mit vergoldeten Inschriften im Oberteil: „Schöffensaal“, „Zivilsitzungsaal“.

Ikongraphische Elemente: zwei Putti auf Balkonbrüstung: ein Buch (wohl Gesetzbuch) lesend (links); Liktorenbündel haltend (rechts); über Portal Kartusche mit Waage.

Bemerkungen: typischer mittelstädtischer Gerichtsbaus der wilhelminischen Zeit.

Investitionen von 1990–2010: ca. 1.500 000 Euro

Amtsgericht

Zerbst

Neue Brücke 22
39261 Zerbst

Bauzeit:
1710–1713 (Altbau); 2005 (Neubau)

Architekt/Baumeister:
(Altbau) Johann Tobias Schuchart (†1711),
fürstlich-anhaltischer Gesamtbaumeister;
(Neubau) Freytag & v. d. Linde, Oldenburg

Nutzung: zunächst als Kavaliershaus
(Schlossfreiheit 10) für Oberstleutnant
August Friedrich Brand von Lindau
errichtet.

Kurzbeschreibung: (Altbau) repräsen-
tatives zweigeschossiges, barockes Palais;
über Portal Balkon mit dorischen Säulen;
mit Vasen besetztes Dachhäuschen;
Vestibül und Saal im Obergeschoss mit
barocken Stukkaturen.



Besonderheiten: repräsentative Lage in Marktnähe.

Ikonographische Elemente: am Giebel Monogramm, Wappen und Inschrift.

Bemerkungen: Das ehemalige Kavaliershaus aus dem frühen 18. Jh. gehört zu den relativ wenigen barocken Bau-
ten, die die Bombardierung Zerbsts 1945 weitgehend überstanden haben.

Investitionen von 1990–2010: ca. 822 400 Euro



SACHSEN-ANHALT

Ministerium für
Justiz und Gleichstellung



Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg